

Rettungsprogramm für Kindertageseinrichtungen

Die Kindertageseinrichtungen in NRW sind dramatisch unterfinanziert. Um Kitas dauerhaft zu sichern, bringen CDU und FDP ein Kita-Rettungsprogramm auf den Weg. In einem ersten Schritt sollen die Kita-Träger mit einem Einmalbetrag finanziell entlastet werden. Marcel Hafke, familienpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, kritisiert: „Die rot-grüne Vorgängerregierung hat es trotz mehrfacher Absichtserklärungen in sieben Jahren nicht geschafft, eine Reform der Kita-Finanzierung umzusetzen. In einem ersten Schritt werden wir daher die finanziell überforderten Kita-Träger unterstützen.“ Die Landesregierung wird darüber hinaus beauftragt, eine dauerhafte und tragfähige Lösung gemeinsam mit Kommunen und Trägern zu finden.

→ [Antrag: Nur Kita-Rettungsprogramm wird Kollaps verhindern](#)

Förderschulen vor Schließung bewahren

Weil sie die von der Vorgängerregierung festgeschriebenen Mindestgrößen nicht erreichen, stehen zahlreiche Förderschulen vor der Schließung. Die Wahlmöglichkeit für Eltern zwischen einer Regel- und einer Förderschule fällt faktisch weg. Auf Antrag von CDU und FDP hat der Landtag beschlossen, die rot-grüne Verordnung über Mindestgrößen auszusetzen. Kommunen haben somit die Möglichkeit, die von einer Schließung bedrohten Standorte zu retten.

→ [Antrag: Förderschulen retten – Wahlmöglichkeiten sichern](#)

Entfesselungsoffensive: Stärker. Moderner. Digitaler.

Nordrhein-Westfalen braucht einen Neustart in der Wirtschaftspolitik. Nur wenn Wachstumsbremsen gelöst und Innovationskräfte freigesetzt werden, kann die NRW-Wirtschaft wieder Spitzenplätze einnehmen. Mit einer wirtschaftsfreundlichen Willkommenskultur und besseren Rahmenbedingungen wird unser Land stärker, moderner und digitaler. Das Ziel ist: Mehr Wohlstand für alle – durch starke Betriebe und wirksame Impulse für Investitionen und Wachstum.

CDU und FDP wollen den unkomplizierten Staat, der seine eigenen Prozesse und den Austausch mit den Menschen und der Wirtschaft so bürokratiearm und effizient wie möglich gestaltet. In diesem Sinne soll mit einer umfassenden Entfesselungsoffensive die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nachhaltig verbessert werden.

Die Landtagsmehrheit hat die Landesregierung jetzt aufgefordert, das Vergaberecht zu vereinfachen, die wirkungslose Hygieneampel abzuschaffen, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und den Landesentwicklungsplan wirtschafts- und wachstumsfreundlich weiterzuentwickeln. Kooperationen zwischen Wirtschaft, Hochschulen und Forschung sollen wieder erleichtert werden. Mit einer umfassenden E-Government-Offensive und der Einführung eines Bürokratie-TÜVs soll der bürokratische Aufwand für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger reduziert werden.

→ [Antrag: NRW zum Land der Innovationen machen](#)



Die FDP-Landtagsfraktion hat in ihrer Sitzung am Dienstag eine Nachwahl zum Fraktionsvorstand vorgenommen. Henning Höne (Foto: 1. v. r.) aus Coesfeld wurde zu einem von drei stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion gewählt. Er tritt die Nachfolge von Dr. Joachim Stamp an, der das Amt des Fraktionsvizes nach seiner Ernennung zum Minister für Kinder, Familien, Flüchtlinge und Integration niedergelegt hat.

Ebenfalls beschlossen wurden die Größe und die Besetzung sowie die Vorsitzenden der Fachausschüsse des Landtags. Vorsitzender des Ausschusses für Europa und Internationales ist Dietmar Brockes. Thomas Nüchel ist Vorsitzender des Verkehrsausschusses und Dr. Werner Pfeil führt den Vorsitz im Rechtsausschuss.

→ [Nachwahlen zum Fraktionsvorstand](#)

→ [Die Abgeordneten der FDP-Landtagsfraktion](#)

Weitere Initiativen der FDP-Landtagsfraktion

Kennzeichnungspflicht von Polizeikräften zurücknehmen

CDU und FDP werden die von Rot-Grün eingeführte Legitimations- und Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamtinnen und -beamte wieder zurücknehmen. Statt Polizisten unter Generalverdacht zu stellen, brauchen sie politische Rückendeckung.

→ [Antrag: Unsere Polizei braucht politische Rückendeckung](#)

Gendergerechte Personalpolitik statt verfassungswidriger Frauenquote

Die Koalitionsfraktionen haben einen Gesetzentwurf beschlossen, mit dem zur alten Regelung der Beförderungen im Beamtenrecht zurückgekehrt wird. Die Regelung der abgewählten Regierung hatte zu zahlreichen Klagen und de-facto Beförderungsstopps geführt.

→ [Gesetzentwurf: Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes NRW](#)

Ausbau der Windenergie nur im Einklang mit der Bevölkerung

Die Nordrhein-Westfalen-Koalition stellt die Weichen für einen geordneten Ausbau der Windenergie. In einem Entschließungsantrag setzt sich die FDP für die Abkehr von der bisherigen ideologischen Bevorzugung der Windenergie ein.

→ [Entschließungsantrag: Mehr Akzeptanz für die Energiewende in NRW](#)

Linksextreme Gewalt beim G20-Gipfel

Auf Antrag von CDU und FDP hat der Landtag die massiven Ausschreitungen beim G20-Gipfel in Hamburg debattiert. Das Ausmaß linksextremistischer Gewalt, das sich während des G20-Gipfels in Hamburg gezeigt hat, ist in der jüngeren deutschen Geschichte beispiellos und hat bundesweit für Fassungslosigkeit und Empörung gesorgt. Mehr als 2.200 nordrhein-westfälische Polizisten sowie über 200 Feuerwehrleute, Unfallhelfer und Katastrophenschützer waren beim Gipfel im Einsatz. Nach Medienberichten sollen auch linke Gruppen aus NRW in Hamburg gewesen sein. Christian Lindner dazu im Interview mit der NOZ: „Wer verummelt mit Flaschen auf Polizisten wirft, ist kein Gipfelgegner oder Demonstrant, sondern ein Straftäter.“

→ [Christian Lindner im Interview mit der NOZ](#)